

Beschluss

Zukunft gemeinsam gestalten – Weiterbildung für morgen

I. Der Landtag stellt fest:

Ein qualitativ hochwertiges, zukunftsfähiges und niederschwelliges Weiterbildungsangebot ist ein wichtiger Grundstein für gesellschaftliche Teilhabe in einer offenen, pluralen Demokratie. Weiterbildung ermöglicht nicht nur den zunehmend wichtiger werdenden Anforderungen an lebensbegleitendes Lernen gerecht zu werden, sondern ist ein wichtiger Baustein für ein selbstbestimmtes Leben aller.

Volkshochschulen und Mitgliedseinrichtungen der Landesorganisationen der Weiterbildung verbessern als Träger der öffentlich geförderten Weiterbildung durch ein vielfältiges Weiterbildungsangebot die Teilhabechancen der Menschen am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben und tragen damit zum gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Diese Leistungen sind unverzichtbar. Schließlich richten sich die Angebote der Weiterbildungseinrichtungen im Land nicht nur an Menschen, die sich in unterschiedlichen Themenbereichen weiterbilden wollen oder im Rahmen ihrer Erwerbs- und Bildungsbiografie einen neuen Weg einschlagen möchten. Sie bieten nicht nur den Menschen, die im ersten Anlauf keinen Schul- oder Berufsabschluss erreicht haben, eine zweite Chance, sondern auch denjenigen, die im formalen Bildungs- und Erwerbssystem nicht vollumfänglich erreicht werden konnten. So leisten Weiterbildungsträger wichtige Arbeit im Zusammenhang der Integration und Inklusion sowie im Bereich der Vermittlung grundständiger Bildung.

Die beschleunigte Dynamik des gesellschaftlichen Wandels erfordert eine schnelle, kreative und proaktive Weiterentwicklung des Weiterbildungsangebots und der entsprechenden Trägerstrukturen, um auch künftig unter veränderten Rahmenbedingungen als verlässliche Partner die Menschen durch qualitätsvolle Bildungsangebote dabei zu unterstützen, ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben führen zu können.

Der Doppelhaushalt 2019/2020 unterstreicht den Stellenwert der Weiterbildungseinrichtungen und ihrer Aktivitäten durch eine erneute deutliche Erhöhung der Mittel für die allgemeine Weiterbildung.

II. Der Landtag begrüßt:

- die Verbesserung des Förderniveaus nach dem rheinland-pfälzischen Weiterbildungsgesetz durch einen deutlichen Aufwuchs der entsprechenden Mittel;
- die Verdreifachung der Mittel für „Digitales Lernen in der Weiterbildung“ und die damit verbundene Unterstützung der Weiterbildungsträger in der Umsetzung der Strategie für das Digitale Leben;
- die Verstärkung und Erhöhung der Fördermittel für Maßnahmen der zweiten und dritten Chance (Alphabetisierung, Grundbildung, Integration sowie Nachholen von Schulabschlüssen);
- die Fortschreibung der Mittel für Modellprojekte und Schwerpunktmaßnahmen auf hohem Niveau als essentielle Instrumente zur Sicherung der Innovationsfähigkeit der Weiterbildungsträger;

- die Unterstützung von Weiterbildungseinrichtungen bei der Ermöglichung eines barrierefreien Zugangs zu ihren Angeboten.
- III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
- das qualitäts- und zukunftsorientierte Weiterbildungsangebot in Kooperation mit den anerkannten Trägern der Weiterbildung insbesondere unter Berücksichtigung eines niederschweligen Zugangs weiterzuentwickeln;
 - weiterhin einen Schwerpunkt auf das Angebot von Maßnahmen der Alphabetisierung, Grundbildung, Integration, Inklusion und dem Nachholen von Schulabschlüssen zu legen, um auch in Zukunft allen Menschen die Chance auf eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe zu eröffnen;
 - im Zusammenwirken mit den Weiterbildungsträgern strategische und didaktische Gesamtkonzepte für den sinnvollen Einsatz von digital gestützten Lernformaten sowie für den Umgang mit dem technologischen Wandel und die Gestaltung desselben zu entwickeln;
 - Modellprojekte für innovative Dialog- und Lernangebote zu gesellschaftlich relevanten Themen wie Digitalisierung, Klimawandel, Extremismus und politischer Bildung zu schaffen, die insbesondere schwer erreichbaren Zielgruppen den Zugang zu diesen Angeboten eröffnen;
 - weiterhin Barrieren zur Teilnahme an beruflicher und allgemeiner Weiterbildung durch bewährte Instrumente zur Verbesserung der Transparenz des Weiterbildungsangebots wie beispielsweise das Weiterbildungsportal abzubauen;
 - bei der Förderung von Vorhaben dem Nachhaltigkeitsgedanken gebührende Bedeutung beizumessen.

Vorstehender Beschluss wurde vom Landtag in seiner 71. Sitzung am 13. Dezember 2018 gefasst.

Hendrik Hering
Präsident des Landtags